

Kämpfe mit uns für Frauenrechte!

Du ärgerst dich auch über den täglichen Sexismus? Die neue Regierung und ihre Pläne machen dir Sorge oder gar Angst? Du hast keine Lust mehr auf leere Versprechungen? Dann werde aktiv mit „Nicht mit mir“!

Nicht mit mir – das sind Frauen (aber auch Männer), die sich für Frauenrechte stark machen. Wir haben eine Reihe von Aktionen in Solidarität mit den Bewegungen in Irland und Polen für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch organisiert. Wir haben die #metoo-Demonstration in Wien auf die Straße gebracht. Wir haben uns gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen zur Wehr gesetzt und uns an Protesten gegen die Regierung und ihre Pläne beteiligt. Nicht mit mir ist eine Kampagne der SLP (Sozialistischen Linkspartei) mit weiteren AktivistInnen, die sich für Frauenrechte stark machen. Wir treffen uns regelmäßig, um Aktionen zu planen und verschiedenste Themen zu diskutieren. Wir machen uns stark gegen Sexismus, für gleiche Rechte und für eine Gesellschaft, in der kein Platz mehr ist für Frauenunterdrückung. Wir wehren uns gegen alle

Versuche, Frauen zu bevormunden. Wir unterstützen Proteste von Frauen, beispielsweise im Sozialbereich für eine Arbeitszeitverkürzung oder für ausreichende Kinderbetreuungsplätze. Für uns hat die Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen ihren Ursprung nicht in der Natur des Mannes, sondern in einem kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Menschen beruht. Die Trennung verläuft daher auch zwischen unten und oben und nicht nur zwischen den Geschlechtern. Der Kampf für Frauenrechte ist daher auch immer ein Kampf für eine demokratische Gesellschaft, in der die Bedürfnisse aller Menschen (und nicht nur einer kleinen Elite) im Zentrum stehen. Sag auch du „Nicht mit Mir“ und werde mit uns aktiv!

 „Nicht mit mir“  Sende „Nicht mit mir“ an +43 677 62 77 36 96

TERMINE

SPEZIALFÜHRUNG IM MUSEUM FÜR VERHÜTUNGSMITTEL & SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Dienstag, 24. April, 17:00
Wien 15, Mariahilfergürtel 37

Du wolltest schon immer mal in das Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch (Nähe Westbahnhof) gehen? Jetzt hast du die Möglichkeit dazu! Für einen Spezialpreis von 8€/Person kannst du mit NICHT MIT MIR eine Spezialführung besuchen.

Da die Plätze begrenzt sind, bitten wir um Anmeldung unter: info@nichtmitmir.at

Mai 68' und Frauenbefreiung zwischen sexueller Revolution und „Nebenwiderspruch“

Donnerstag, 17. Mai, 19:00
Wien 20, Pappenheimgasse 2/1, bei „Büro“

MENSCHENKETTE FÜR FRAUENRECHTE

Samstag, 26. Mai, 14:30, Wien
Treffpunkt: Schwedenplatz

Die schwarz-blaue Koalition ist damit beschäftigt, Verbindungen zu rechtsextremen Umtrieben kleinzureden, sie schnürt Überwachungspakete, macht Stimmung gegen Asylsuchende, attackiert kritische Medien und feilt am Sozialabbau – der Frauen immer ganz besonders hart trifft.

Feministische Solidarität statt rechte Hetze!

Dieser rechtskonservativen Politik der Spaltung und der Ausgrenzung wird die Plattform „20000frauen“ ein starkes feministisches Zeichen entgegensetzen. NICHT MIT MIR beteiligt sich und mit dir sind wir noch mehr! So werden wir am 26. Mai 2018 in Wien und anderen Städten Menschenketten für Frauen*rechte bilden.

Danach Treffen:

Lerne NICHT MIT MIR kennen! - bei einem Filmabend

Samstag, 26. Mai, 18:00
Wien 20, Pappenheimgasse 2/1, bei „Büro“

Nicht mit mir!



Schwarz-Blau gegen Frauenrechte!

Selbstbestimmung in Gefahr!

Die USA und Polen zeigen, dass der Abbau von hart erkämpften Frauenrechten ganz oben auf der Agenda von rechts konservativen Regierungen steht. Was können wir also von Schwarz-Blau zum Thema Selbstbestimmung über den eigenen Körper erwarten?

ÖVP und FPÖ sprechen sich für die Einführung einer anonymen Statistik über Schwangerschaftsabbrüche und deren Motive aus. Das ist eine Forderung des Anti-Abtreibungs-Vereins „Aktion Leben“. Es gibt enge Verbindungen zwischen FPÖVP und radikalen AbtreibungsgegnerInnen. Minister und Parteimitglieder der ÖVP sind Mitglieder im Cartellverband und „Aktion Leben“ – Vereine, die das Recht auf Selbstbestimmung massiv ablehnen. Konkret würde diese Statistik für Frauen, die abtreiben, bedeuten, dass sie ihre Motive nennen und sich für ihre Entscheidung offiziell rechtfertigen müssen. Dahinter steht der angebliche Wunsch „zu helfen“ und so Abtreibungen zu verhindern. Tatsächlich soll dadurch der Zugang weiter beschränkt werden.


Sie verstecken sich hinter Tradition und christlichen Werten und spielen sich als die Schützer des Lebens auf. Doch sobald das Kind auf der Welt ist, gibt es keine Unterstützung mehr für Mütter und Familien. Denn Schwarz-Blau kürzt Kinderbetreuungsplätze, setzt einen Familienbonus um, der Gehälter unter 1750€ ignoriert,


erhöht die Arbeitszeit und erschwert damit gezielt das Leben von Frauen und vor allem von Alleinerzieherinnen. Eine weitere bevormundende Forderung der Regierung ist Zwangsberatungen. Die FPÖ fordert eine verpflichtende Bedenkzeit sowie ein Verbot für private, gewinnorientierte Abtreibungsinstitute. Gleichzeitig stimmte sie beispielsweise in Koalition mit der ÖVP in Vorarlberg gegen den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in öffentlichen Spitälern. Damit wird der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen unmöglich.

Es kann keine Gleichberechtigung ohne Abtreibungsrecht geben. In einer Gesellschaft, die gleichberechtigt sein will, muss eindeutig geklärt sein, wer die Kontrolle über den Körper einer Frau hat – nämlich sie selbst.

Eines ist klar, wir müssen uns auf Angriffe gefasst machen. Denn FPÖ und ÖVP treten Frauenrechte mit Füßen. Organisieren wir uns, lassen wir ihnen keinen Fußbreit um unsere Rechte anzugreifen. Kämpfen wir für unser Recht auf Selbstbestimmung! **Martina**

In einer Gesellschaft, die gleichberechtigt sein will, muss eindeutig geklärt sein, wer die Kontrolle über den Körper einer Frau hat – nämlich sie selbst.

 **SchülerInnen gegen Schönheitswahn** Der Protestsong „Not Heidis Girl“ von Hamburger Schülerinnen verbreitete sich zeitgleich zum Start der neuen Staffel „GNTM“ rasend im Internet. Der Song thematisiert den sexistischen Charakter der Modelshow und lehnt sich gegen das von ihr verbreitete Frauenbild auf. Die Mädchen stellen klar, dass sie sich nicht von sexistischen Rollenbildern und Schönheitsvorstellungen unterdrücken lassen werden. **Celina**

 **13. Mai – Muttertag:** Es ist eine Schande, dass die Entscheidung für Kinder ein direkter Weg in die Armut ist. Denn wegen der mangelnden Kinderbetreuung bleibt den Müttern meist nur die Möglichkeit, Teilzeit zu arbeiten. Da das aber so schlecht bezahlt wird, muss Mindestsicherung beantragt werden. Das führt dann direkt in die Altersarmut. Und dafür werden die Mütter auch noch beschimpft. Wenn sie arbeiten als Rabenmütter. Wenn nicht als Sozialschmarotzer. Aber einmal im Jahr werden sie gefeiert. Danke Nein! **Regina**

Für ein Recht auf Abtreibung – ein Recht für Frauen

Es ist das gute Recht von Frauen, frei und selbstbestimmt über die eigene Schwangerschaft und ihren möglichen Abbruch entscheiden zu können – ohne dass sich andere einmischen. AbtreibungsgegnerInnen wie auch die aktuelle Regierung handeln nicht im Interesse der Frauen.

Das Recht der Frau, selbstbestimmt über den eigenen Körper zu entscheiden, steht im Zentrum der Forderung nach einem legalen, risikoarmen und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch. Denn durch die Illegalisierung von Abbrüchen werden diese nicht verhindert, sondern werden zum gesundheitlichen Risiko für die jeweilige Frau. Schätzungen zufolge sterben jährlich weltweit zwischen 47.000 und 80.000 Frauen an den Folgen einer illegalen Abtreibung. Das entspricht etwa einer Frau alle sieben Minuten!

Eine altersgerechte Aufklärung ab dem Kindergarten, sowie ein kostenloser, anonymer Zugang zu Verhütungsmitteln, damit Frauen nicht durch Eltern und/oder Partner kontrolliert werden, verringert ungewollte Schwangerschaften. Durch die gesellschaftliche Verteilung von Kinderbetreuung, Zugang zu Wohnraum sowie ausreichend Einkommen für Frauen, können sich diese frei

von ökonomischen Zwängen für oder gegen eigene Kinder entscheiden – denn sie beeinflussen oft die Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch.

Selbsternannte „LebensschützerInnen“ und AbtreibungsgegnerInnen sind nicht am Schützen des Lebens als solches interessiert und unterstützen geborenes Leben auch nicht. Sie sehen Frauen als Brutkästen und wollen die Kontrolle über ihre Körper und die Entscheidung, wann und wie viele Kinder sie bekommen (ihre Reproduktion), an sich reißen. Durch die Regierung, die deren meist rechtes und nationalistisches Frauenbild teilt, wird es zu direkten Angriffen auf Frauenrechte wie auch Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich kommen, die Frauen verstärkt treffen. Dass wird die wirtschaftliche Abhängigkeit von Frauen weiter erhöhen, was ein selbstbestimmtes Leben verhindert.

Moni

AbtreibungsgegnerInnen sind nicht am Schützen des Lebens interessiert und unterstützen geborenes Leben auch nicht.

Internationale Splitter

In vielen Ländern Lateinamerikas, das großteils sehr patriarchal ist, sind Abtreibungen de facto nicht möglich. So wurde in El Salvador eine Frau nach elf Jahren Haft wegen einer Fehlgeburt (die als „Mord“ gewertet wurde) freigelassen! Es gibt jedoch starke feministische Bewegungen, wie Ni Una Menos (dt. Keine Einzige Weniger). Von Argentinien ausgehend breitete sie sich auf andere Länder aus und fordert das Ende von (tödlicher) Gewalt an Frauen. Aktuell herrscht in Argentinien auch eine große Debatte über die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. *Moni*

In den USA prallt ein sexistischer Präsident mit einer Welle von Frauenprotesten zusammen. Donald „ich hab’ den größeren Knopf“ Trump hat praktisch nur wenige Sekunden nach seinem Amtsantritt jenen NGOs die Gelder gestrichen, die Abtreibung auch nur als Option für ungewollt Schwangere in Betracht ziehen. Er setzt damit die Forderung der radikalen AbtreibungsgegnerInnen um, die Frauen eine ergebnisoffene Beratung, frei von moralischer Bevormundung, verweigern wollen. Gleichzeitig waren die Frauenproteste die bisher größten gegen Trump und halten mit #metoo bis heute an. *Ella*

In Polen plante die Regierung 2016 noch strengere Abtreibungsverbote als bisher. Diese wurden aber von großen Protesten und Frauensteiks aufgehalten. Nun gibt es wieder zwei Anträge von Bürgerinitiativen ans Parlament – eine für und eine gegen das Recht auf Selbstbestimmung. Letztere erhielt Zustimmung im Parlament. Die „liberale“ Opposition hat sich nicht für das Frauenrecht stark gemacht, daher bezeichnen viele, die mühsam die Unterschriften gesammelt haben, sie nun als Verräter. Die Partei Alternatywa Socjalistyczna hatte schon 2016 eine Organisation der Bewegung an Schulen und Betrieben und die demokratische Wahl von Komitees vorgeschlagen, um mehr Menschen einzubinden. *Ella*

Die Pille danach: der große Apothekentest

Im Herbst startete Nicht mit mir die Kampagne Mein Körper, meine Entscheidung, meine Pille danach.

Ziel war es, herauszufinden und darauf aufmerksam zu machen, wie KäuferInnen der Pille danach behandelt werden. Beim Verkauf ist die Beantwortung von nur zwei Fragen für eine korrekte Einnahme relevant: „Wo befindet sich die Frau in ihrem Zyklus und wie lange liegt der Geschlechtsverkehr zurück?“ Die Testkäufe zeigen, dass es trotz positiver Ergebnisse auch zu bevormundenden Verhalten sowie zu unangemessenen Fragen über das Sexualleben kommen kann. Die Apothekenkammer hat von unserer Kampagne erfahren und MitarbeiterInnen aufgerufen, sich über eine korrekte Beratung beim Kauf der Pille danach zu informieren. Das ist ein großer Erfolg, da zumindest für einige Zeit danach der Kauf erleichtert wird. *Moni*

WISSEN

Abtreibung ist nicht legal

Österreich ist das einzige westeuropäische Land, in dem weder der Schwangerschaftsabbruch noch die Verhütung von der Krankenkasse übernommen werden.

Seit der 1975 eingeführten „Fristenlösung“ gilt lediglich die Strafbarkeit unter bestimmten Bedingungen nicht: wenn sie innerhalb der ersten drei Monate nach vorhergehender ärztlicher Beratung von einem Arzt/einer Ärztin durchgeführt wird.

Daher ist es verboten, die Abtreibungspille ohne ärztliche Betreuung einzunehmen. Medizinisch notwendig ist das nicht, da sich ein Abbruch mit „Mifegyne“ nicht von den häufigen Fehlgeburten unterscheidet. Die Einschränkung erschwert aber den Zugang und erhöht den Preis.

Auch können sich ÄrztInnen, oder sogar ganze Spitäler weigern, Abbrüche durchzuführen. Daher kosten Abbrüche 300-1.000 Euro und sind nur an insgesamt 17 Stellen zu bekommen. Legal schaut anders aus! *Sonja*

PORTAIT

Ruth Coppinger, 51



Bild: Ruth Coppinger

Die gelernte Lehrerin lebt im Stadtteil Mulhuddat in Dublin (Irland). Sie ist Mitglied der Partei Solidarity und seit 2014 Abgeordnete im irischen Parlament.

Ruth ist derzeit ein Sprachrohr für viele irischen Frauen, die wütend über das in Irland existierende Abtreibungsverbot sind. 2012 starb eine junge Frau, Savita Halappanavar, nachdem ihr in einem irischen Krankenhaus, trotz einsetzender Fehlgeburt, ein Eingriff durch Ärzten verweigert wurde. Das war der Anlass für viele Menschen, auf die Straße zu gehen. Es wurden und werden Gerechtigkeit für Savita sowie Aktionen von Seiten der Regierung gefordert, damit nie wieder eine Frau unter einer Tortur dieser Art leiden muss. Ruth hielt immer wieder Reden, bei den andauernden Protesten unter dem Motto „Never Again“. Sie sagte, dass die Regierung nicht im Namen der Bevölkerung handelt, wenn sie Frauen ihr Recht auf Selbstbestimmung nimmt. Außerdem organisierte Ruth als Teil der feministischen und sozialistischen Bewegung ROSA eine Bustour durch Irland, die Frauen Informationen über die Abtreibungspille sowie die Abtreibungspille selbst zur Verfügung stellt.

Diesen Mai findet ein Referendum über den 8. Verfassungszusatz statt, der praktisch das Leben der Frau jenem des Fötus unterordnet. Dies ist Ergebnis einer langen Kampagne, in der Ruth eine wichtige Rolle gespielt hat und soll das Abtreibungsverbot aufheben. Mit der #time4choice Kampagne wollen ROSA und Ruth erreichen, dass so viele Menschen wie möglich für ein Selbstbestimmungsrecht für Frauen in Irland abstimmen. Ruth ist Rednerin auf den meisten der zurzeit regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen der #time4choice Kampagne.

Ella